

SPD GIBT EUROPAPOLITIK NEUE RICHTUNG *FISKALPAKT UND ESM: NOTWENDIG, ABER NICHT AUSREICHEND*

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD haben Bundestag und Bundesrat den Rettungsschirm ESM und den Fiskalpakt beschlossen. Zuvor hatte die SPD in den Verhandlungen mit der Bundesregierung einen konkreten Rahmen vorgegeben: Jetzt geht es auch um Wachstum und Beschäftigung, um gerechte Beiträge der Finanzwirtschaft.

Merkels Europapolitik ist gescheitert. Die Folge: Die Wirtschaft ist in vielen EU-Staaten eingebrochen, die Schulden sind explodiert, die Jugendarbeitslosigkeit ist sprunghaft gestiegen – in einigen Ländern auf bis zu 50 Prozent. Deutschland hat von der EU und vom Euro so viel profitiert, wie kein anderer Staat. Jetzt droht Europa der Kollaps. Um das zu verhindern, unterstützt die SPD den Fiskalpakt und den ESM – als kurzfristige Nothilfe für Europa und am Ende auch für Deutschland, das ohne eine gesunde EU-Wirtschaft nicht auskommen kann.

In zähen Verhandlungen mit der Bundesregierung konnten SPD und Grüne entscheidende Richtungswechsel einleiten.

■ **Die SPD stimmt zu, weil:**

- ▶ die Spekulation an den Finanzmärkten nicht noch mehr europäische Mitgliedstaaten erfassen und Europa in den wirtschaftlichen und sozialen Ruin treiben darf.
- ▶ sie durchgesetzt hat, dass Spekulanten für die von ihnen verursachte Krise zahlen müssen – mit der Finanztransaktionssteuer.
- ▶ sie der Bundesregierung kräftige Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa verordnet hat.
- ▶ Europa im Interesse Deutschlands ist, im Interesse unserer Zukunft. Und weil ohne europäische Solidarität am Ende die europäische Demokratie gefährdet ist.

Für die SPD sind die Beschlüsse notwendig – langfristig aber nicht ausreichend.

Die SPD kämpft für eine politische und soziale Union – für Demokratie und eine neue europäische Grundordnung!